

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4490

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4490



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



«RICHTUNGSWAHL FÜR DIE ENERGIEPOLITIK»

DIE ENERGIEPOLITISCHEN DIFFERENZEN UND TABUS DER PARTEIEN

Kurzstudie

Dr. Lukas Braunreiter, Nils Epprecht

Zürich, 4. Oktober 2023

ABSTRACT

Die Schweizerische Energie-Stiftung SES analysierte im Hinblick auf die Wahlen vom 22. Oktober die energiepolitischen Positionen der sechs grössten Parteien SVP, SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP. Während sich die Grünen mit einer klaren pro-Erneuerbare Positionierung 2019 noch deutlich hervorheben konnten, ist das im Wahljahr 2023 nicht mehr möglich. Ausser bei der SVP ist die Energiewende bei allen Parteien angekommen. Aber sogar zwischen den Parteien auf der links-grünen Seite gibt es beachtliche und bislang kaum diskutierte Unterschiede.

Den Zielkonflikt zwischen Biodiversitäts- und Landschaftsschutz und dem Zubau neuer Energieanlagen wollen alle Parteien unterschiedlich lösen. So haben die Grünen klare Grundsätze für potenzielle Standorte von Solaranlagen formuliert, um Biodiversität und unverbauete Landschaften möglichst wenig zu beeinträchtigen. Im Vergleich dazu haben die Grünliberalen weniger Hemmungen, grosse Freiflächen-Anlagen in den Alpen zu realisieren, um damit Winterstrom zu produzieren. Bei der Windenergie ist die GLP zudem die einzige Partei, die den Zubau konkretisiert und quantifiziert. Während nur die SVP gegen Windenergie ist und davor warnt, dass die Schweiz mit Windanlagen zugepflastert wird, verpassen es die anderen Parteien, konkret zu werden. SVP und Mitte würden die Umweltvorschriften zu den Restwassermengen gerne lockern, um noch mehr aus den bestehenden Wasserkraftwerken herauszuholen. Für die anderen Parteien ist dies, wenn überhaupt, nur bei einer drohenden Mangellage gerechtfertigt.

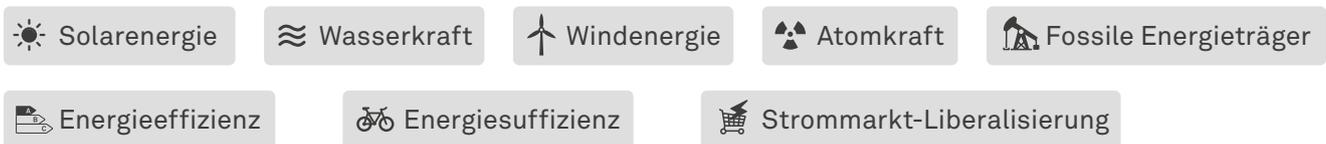
Zudem identifizierte die SES einige energiepolitische Tabus, zu denen kaum eine Partei Stellung bezieht. Wenn es um den Rückbau der fossilen und atomaren Infrastruktur geht, wollen sich viele Parteien nicht festlegen. Sowohl einen potenziellen Rückbau des Gasnetzes, als auch einen verbindlichen Abschaltfahrplan für Atomkraftwerke sucht man in den energiepolitischen Absichten der Parteien vergebens. Auffallend ausgeprägt ist der parteiübergreifende Konsens, dass bei der Energieeffizienz (Energiesparen dank technischen Anwendungen) ein riesiges Potenzial besteht. Umso erstaunlicher ist, dass das aus wissenschaftlicher Sicht ebenso nachgewiesene Potenzial der Energiesuffizienz (Energiesparen durch Verhaltensänderungen) nur bei den Grünen eine prominente Rolle spielt. Trotz allen energie- und klimapolitischen Herausforderungen, die seit 2019 zugenommen oder an Dringlichkeit gewonnen haben, gehen somit die meisten Parteien davon aus, dass ein «weiter so» ausreicht, wenn man auf technologischer Ebene mit der Energiewende vorwärts macht.

1. EINLEITUNG

Die Wahlen vom 22. Oktober sind für die Schweizer Energiepolitik eine Richtungswahl. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES analysierte, wie die sechs grössten Parteien die Energiezukunft gestalten wollen. Die SES untersuchte dafür Wahlprogramme, Positionspapiere und Parteibeschlüsse mit Bezug zu Energiethemen. Die Analyse zielt darauf ab, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf die energiepolitischen Wunschvorstellungen der Parteien zu identifizieren. Diese sind deshalb relevant, weil sie aufzeigen, anhand welcher Grundsätze und Prinzipien Politikerinnen und Politiker der jeweiligen Parteien die parlamentarischen Prozesse beeinflussen. Die Analyse durch die SES stellt keine Wahlempfehlung dar, sondern bietet eine transparente Übersicht, wie sich die Parteien in Bezug auf die Energiezukunft positionieren.

Energiepolitik ist für alle Parteien ein zentrales Element, aber es gibt deutliche Unterschiede, wie ausführlich und wie konkret sich die Parteien zu ihren energiepolitischen Vorstellungen äussern. Auf der einen Seite des Spektrums bewegt sich die GLP, welche detaillierte Positionspapiere zu einzelnen Energie- und Speichertechnologien präsentiert. Auf der anderen Seite steht die Mitte, die ihre Grundsätze sehr allgemein kommuniziert und gleichzeitig versucht, die Vorteile der einst von Doris Leuthard ausgerufenen Energiestrategie 2050 zu betonen. Berücksichtigt werden die Parteien mit eigener Fraktion in der Bundesversammlung (SVP, SP, Mitte, FDP, GPS, GLP). Die Parteien sind im Folgenden anhand der aktuellen Sitzstärke im Parlament aufgeführt.

Analysiert wird, wie sich die Parteien in Bezug auf die zentralen Weichenstellungen der Energiepolitik positionieren. Insgesamt werden acht Themengebiete untersucht:



Im Bereich der Energietechnologien geht es darum, welche Bedeutung die Parteien den Erneuerbaren Energien (v.a. Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie) im Vergleich zu fossilen Energieträgern und zur Atomkraft beimessen. Auf Seite der Energienachfrage wird untersucht, inwiefern die Parteien Ziele und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz (Energiesparen dank technischen Anwendungen) und der Energiesuffizienz (Energiesparen dank Verhaltensänderungen) im Blick haben. Das achte Analysekriterium betrifft die Haltung zur Liberalisierung des Strommarkts, da dies als eine zentrale Bedingung für eine Integration in den europäischen Strommarkt gilt. Weitere Aspekte, wie etwa Geothermie, Speicherlösungen, oder Netzplanungs- und -Steuerung wurden nicht berücksichtigt, da hier ein Vergleich zwischen den Parteien nicht möglich wäre. Dennoch sind diese Aspekte für die Schweizer Energiezukunft von grosser Bedeutung.

Kapitel 2 zeigt anhand der acht Analyse Kriterien eine Übersicht, wie die Parteien die Energiezukunft gestalten wollen. In Kapitel 3 werden die Analyse Kriterien vorgestellt und ihre Bedeutung fürs Schweizer Energiesystem erläutert. Kapitel 4 zeigt für jede Partei im Detail, wie die Positionierung zu den acht Analyse Kriterien zustande kommt. Die Positionen sind in parteispezifischen Energie-Spider Grafiken zusammengefasst. Kapitel 5 ordnet die Positionen ein und zeigt auf, was im Wahljahr 2023 die energiepolitischen Tabus sind.

2. DIE PARTEIPOSITIONEN IN DER ÜBERSICHT

	SVP	SP	FDP	Mitte	Grüne	GLP
Solarenergie	✗	✓	✓	✓	✓	✓
Wasserkraft	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Windenergie	✗	~	~	~	~	✓
Atomenergie	✓	✗	✓	✗	✗	✗
Fossile Energieträger	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Energieeffizienz	~	✓	✓	✓	✓	✓
Energiesuffizienz	✗	~	✗	✗	✓	✗
Marktliberalisierung	✗	✗	✓	✗	✗	✓

Tabelle 1: Übersicht über die Haltung der Parteien zu erneuerbaren, atomaren und fossilen (Öl, Gas, Kohle) Energie-technologien, Energieeffizienz (Energiesparen dank technischen Anwendungen) und Energiesuffizienz (Energiesparen dank Verhaltensänderungen) sowie zur Strommarkt-Liberalisierung.

✓ = zustimmende Haltung (Bewertung 7-10 Punkte),

~ = neutrale Haltung (Bewertung 4-6 Punkte),

✗ = ablehnende Haltung oder keine Aussage (Bewertung 0-3 Punkte).

Die Detailbewertung pro Themengebiet und Partei ist in Kapitel 4 aufgeführt.



SOLARENERGIE:

SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP sind klar für einen Zubau von Solarenergie. Zwischen diesen Parteien gibt es aber grosse Unterschiede wie die Finanzierung gestaltet werden soll und wo Solaranlagen gebaut werden sollen. Die Grünen haben die klarste Positionierung: Sie setzen den Fokus voll auf Gebäude und die bestehende Infrastruktur und wollen nur in Ausnahmefällen Freiflächenanlagen in den Alpen. Die SVP lehnt eine Förderung der Solarenergie ab, da diese nicht wesentlich zur Versorgungssicherheit beitragen könne.



WASSERKRAFT:

Wasserkraft nimmt in allen Parteipositionen zur Energiezukunft eine wichtige Rolle ein. Die 15 Projekte auf die sich Bund, Kantone, Energiebranche und Umweltverbände am «runden Tisch Wasserkraft»¹ geeinigt haben, werden von allen Parteien unterstützt. Die SVP fordert einen Zubau weit über diese Projekte hinaus. Auch SP, FDP, Mitte und GLP wollen die Wasserkraft noch stärker nutzen. Im Gegensatz dazu fordern die Grünen eine stärkere Rücksichtnahme auf Biodiversität und dementsprechend höhere Restwassermengen.

¹ Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-86432.html> (abgerufen am 29.09.2023)



WINDENERGIE:

Prinzipiell sind bis auf die SVP alle Parteien für Windenergie. So richtig exponieren will sich aber bis auf die GLP keine Partei. Die GLP fordert in einem Positionspapier einen gezielten Ausbau der Windenergie. Diese sei im Hinblick auf die Winterstromproduktion essentiell für die Schweizer Energiezukunft.



ATOMKRAFT:

SP, Mitte, Grüne und GLP sind für den Atomausstieg, unterscheiden sich aber in den Vorstellungen bis wann dieser vollzogen werden soll. Die FDP fordert unter dem Stichwort Technologieoffenheit zumindest die Aufhebung des Neubauverbots, und auch der Bau neuer Atomkraftwerke müsse zur Debatte stehen. Die SVP befürwortet den Bau neuer Atomkraftwerke klar.



FOSSILE ENERGIETRÄGER:

SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP sind für einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Öl und Gas. In Bezug auf die Dringlichkeit und Vehemenz mit welcher der Ausstieg gefordert wird, unterscheiden sich die Parteien aber. Die SVP setzt sich dafür ein, dass auch fossile Energieträger möglichst lange genutzt werden dürfen.



ENERGIEEFFIZIENZ:

Alle Parteien anerkennen die grosse Bedeutung der Energieeffizienz und bis auf die SVP machen alle Parteien Vorschläge, wie diese gesteigert werden kann.



ENERGIESUFFIZIENZ:

Damit sind Einsparpotenziale mittels Verhaltensänderungen gemeint, welche für die meisten Parteien tabu sind. Nur die Grünen und indirekt die SP weisen, vor allem in Bezug auf den Mobilitätssektor, auf das riesige Sparpotenzial hin.



STROMMARKT-LIBERALISIERUNG:

Uneingeschränkt für die Liberalisierung spricht sich einzig die FDP aus. Die GLP ist grundsätzlich dafür, sieht aber Konfliktpotenzial mit den Anreizsystemen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses Argument ist für die Grünen so wichtig, dass sie gegen eine Liberalisierung sind. Auch die anderen Parteien sind gegen eine vollständige Liberalisierung. Die SVP sieht keine Notwendigkeit und will nicht, dass die EU die Liberalisierung als Druckmittel für ein Stromabkommen einsetzt. Bei der SP steht die Sozialverträglichkeit im Vordergrund, welche sie durch eine Liberalisierung gefährdet sieht.

3. ANALYSEKRITERIEN UND DEREN BEDEUTUNG FÜR DIE ENERGIEZUKUNFT



3.1 SOLARENERGIE

Die Fotovoltaik (PV) hat in der Schweiz mit Abstand das grösste Ausbaupotenzial – rund 82 TWh könnten jährlich auf bereits bestehenden Gebäuden und Infrastrukturbauten produziert werden.² Im Jahr 2022 betrug die Stromproduktion aus Fotovoltaik 3.8 TWh.

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Solarenergie zu beurteilen:

- Verbindliche Zielwerte oder Standards für den Zubau
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen (Einspeisevergütungen, Marktprämien, Einmalvergütungen, Auktionen)
- Haltung zu PV auf Gebäuden
- Haltung zu PV auf sonstiger Infrastruktur
- Haltung zu PV auf alpinen Freiflächen



3.2 WASSERKRAFT

Die Wasserkraft bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat der Schweizer Stromversorgung. Über 1'300 Wasserkraftwerke produzierten im Jahr 2022 36,8 TWh Strom. Somit stammen etwa 60% des im Inland erzeugten Stroms aus Wasserkraft. Das umwelt- und naturverträglich erschliessbare Potenzial der Wasserkraft in der Schweiz ist damit nahezu ausgeschöpft. Zu den wenigen verbliebenen potenziellen Ausbaustandorten gehören die 15 Projekte des «runden Tisches Wasserkraft», auf die sich Bund, Kantone, Energieversorger und Umweltorganisationen 2022 geeinigt haben. In Zukunft müssen zudem bei vielen Neukonzessionierungen strengere Umweltvorschriften umgesetzt werden.

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Wasserkraft zu beurteilen:

- Verbindliche Zielwerte oder Standards für den Zubau
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen (Winterstromreserve, Wasserzinsen)
- Haltung zu den 15 Projekten des «runden Tisches Wasserkraft»
- Haltung zu Ausnahmen oder generellen Herabsetzung von Restwassermengen
- Haltung zu Vereinbarkeit mit Biodiversitäts- und Landschaftsschutzziele



3.3 WINDENERGIE

Windenergie spielt noch kaum eine Rolle im Schweizer Energiesystem. Aktuell stehen in der Schweiz 41 Windanlagen, verteilt auf 36 Standorte. Diese produzieren derzeit rund 0.15 TWh Strom. Dabei ist das Potenzial für Windenergie auch in der Schweiz gross. Der Bund schätzt das maximal nutzbare Potenzial auf rund 1000 Anlagen, die knapp 9 TWh Strom produzieren könnten.³ Zudem ist Windenergie geeignet, Winterstrom zu generieren.

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Windenergie zu beurteilen:

- Verbindliche Zielwerte oder Standards für den Zubau
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen
- Haltung zu Verfahrensbeschleunigungen
- Haltung zur Festlegung von Eignungsgebieten auf kantonaler oder kommunaler Ebene
- Haltung zu Vereinbarkeit mit Biodiversitäts- und Landschaftsschutzziele

²Quelle: https://energiewende2035.umweltallianz.ch/wp-content/uploads/2022/06/DE_03_Technologiemix-1.pdf (abgerufen am 29.09.2023)

³Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90116.html> (abgerufen am 29.09.2023)



3.4 ATOMKRAFT

Im Jahr 2022 wurden 36,4 Prozent des in der Schweiz erzeugten Stroms aus Kernenergie gewonnen.⁴ Die bestehenden Schweizer Atomkraftwerke dürfen so lange betrieben werden, wie sie sicher und wirtschaftlich sind. Um eine Katastrophe wie im japanischen Fukushima ausschliessen zu können, wurde der Bau neuer Kernkraftwerke durch die vom Volk 2017 angenommene Energiestrategie 2050 verboten. Das führt zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie.

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Atomkraft zu beurteilen:

- Forderung fixer Abschaltfahrplan
- Haltung zur Aufhebung des Neubauverbots
- Forderung Neubau
- Haltung zur Subventionierung des Langzeitbetriebs
- Versicherungslösungen für AKW-Betreiber



3.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle ist notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Im Jahr 2022 wurden noch 39% der Wohngebäude mit Öl und 25% mit Gas beheizt.⁵ Diese müssen aufgrund des im Juni 2023 angenommenen Klimagesetzes gemäss einem im Gesetz festgelegten Absenkpfad durch Wärmepumpen, Wärmeverbünde oder andere CO₂-neutrale Alternativen ersetzt werden. Aktuell wird der Gebäudebestand in der Schweiz so langsam saniert, dass er erst in rund 100 Jahren einen akzeptablen energetischen Standard erreichen würde. Auch im Bereich der Mobilität gäbe es viel zu tun, zählt der Verkehrssektor doch nach wie vor zu Sektoren in denen die Treibhausgas-Emissionen nicht ausreichend sinken.

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Fossile Energieträger zu beurteilen:

- Verbot Einbau fossile Heiz-Infrastruktur
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen Heizungsersatz
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen Elektromobilität
- Haltung zu Stilllegung und Rückbau des Gasnetzes
- Haltung zu fossilen Reservekraftwerken



3.6 ENERGIEEFFIZIENZ

In der Schweiz nutzen wir die produzierte Energie weder wirkungsvoll noch sparsam. Viel Energie wird verschwendet, weil Gebäude schlecht isoliert sind oder Sparpotenziale nicht erkannt werden. Das Bundesamt für Energie geht davon aus, dass selbst ohne neue Gesetze und Komforteinbussen der Stromverbrauch kurzfristig um 25 bis 40 Prozent gesenkt werden könnte.⁶

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Energieeffizienz zu beurteilen:

- Thematisierung & Sensibilisierung
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen
- Verbindliche Zielwerte
- Von potenziellen Massnahmen erfasste Sektoren und Branchen
- Haltung zu Verboten

⁴Quelle: <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geoda-ten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.exturl.html/aHR0cHM6Ly9wd-WJkYi5iZmUuYWRTaW4uY2gvZGVZGUvcHVibGljYX/Rpb24vZG93bmxvYWQvMTEONTQ=.html> (abgerufen am 29.09.2023)

⁵Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/gebäude/energiebereich.assetdetail.27585720.html> (abgerufen am 29.09.2023)

⁶Quelle: <https://www.uvek.admin.ch/dam/uevk/de/dokumente/energie/bericht-potenzial-steigerung-stromeffizienz.pdf.download.pdf/bericht-potenzial-steigerung-stromeffizienz.pdf> (abgerufen am 29.09.2023)



3.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Anders als bei den rein technologiebasierten Ansätzen der Energieeffizienz liegt die Grundlage der Energiesuffizienz im Verhalten des Menschen selbst. Autofreie Quartiere und Städte mit Grün- statt Strassenflächen ermöglichen zum Beispiel eine suffiziente Lebensweise. Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion der Wohnfläche. Viel Energie wird auch eingespart, indem Wohn- und Arbeitsräume um ein bis zwei Grad weniger beheizt werden. Eine sehr grosse Wirkung hat auch die Förderung von klimaverträglicheren Alternativen zum Flugzeug, wie Zug oder Bus. Energiesuffizienz umfasst also das mit bis zu 25% vom Gesamtverbrauch sehr grosse Einsparpotenzial durch Verhaltensänderungen.⁷

Kriterien um die Positionen der Parteien zur Energiesuffizienz zu beurteilen:

- Thematisierung & Sensibilisierung
- Finanzielle Fördermechanismen oder Anreizstrukturen
- Verbindliche Zielwerte
- Von potenziellen Massnahmen erfasste Akteursgruppen
- Haltung zu Verboten



3.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Obschon seit den 00er-Jahren vorgesehen, wurde die Strommarkt-Liberalisierung bisher nur für Grosskunden (über 100 MWh pro Jahr) umgesetzt. Alle privaten Haushalte und kleinen Gewerbebetriebe haben keine Wahl, sie müssen den einmal jährlich im Voraus kommunizierten Strompreis ihres lokalen Elektrizitätsversorgungsunternehmens (EVU) akzeptieren. Eine vollständige Marktliberalisierung wäre Grundvoraussetzung für ein Stromabkommen mit der Europäischen Union (EU).

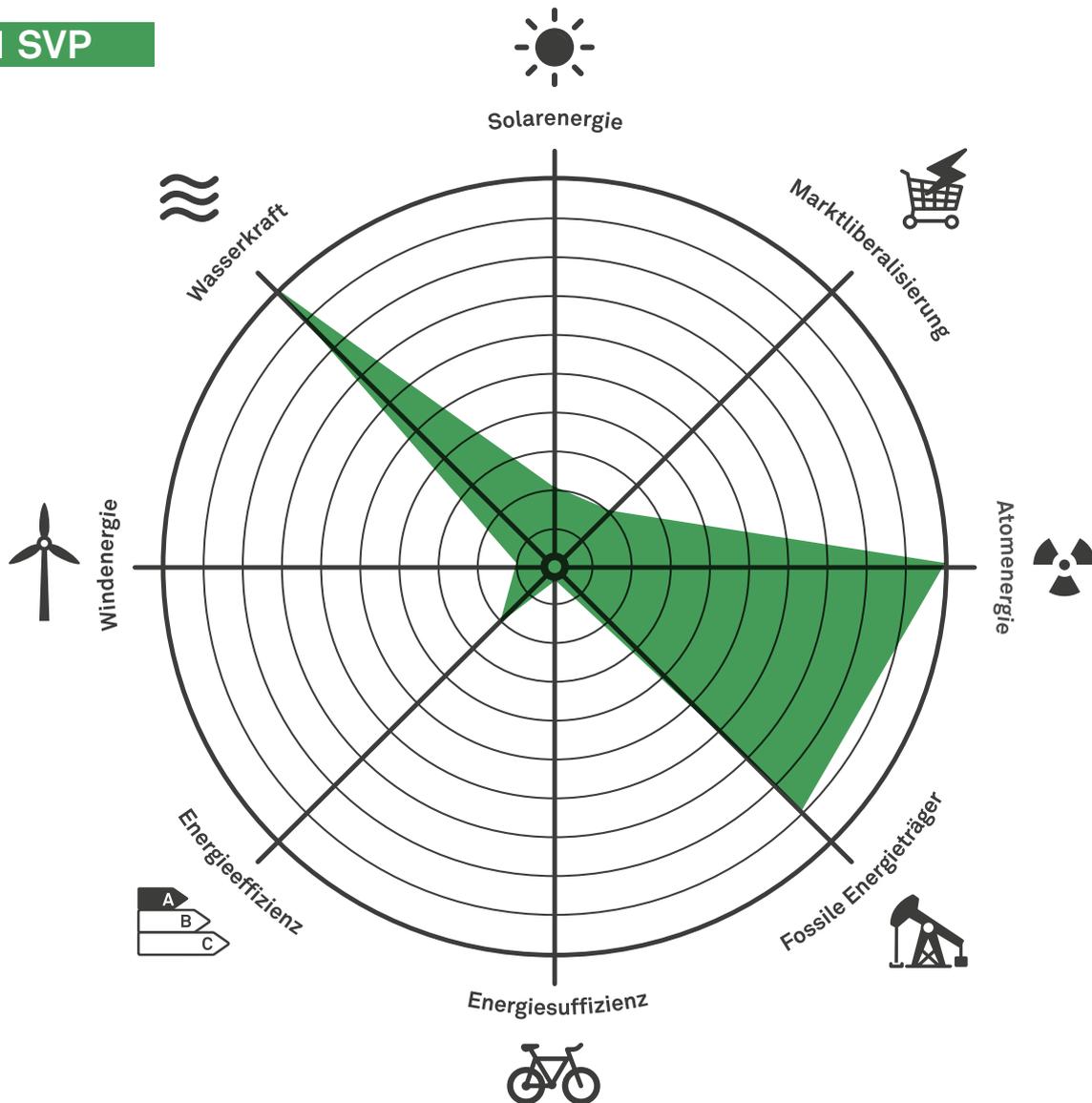
Kriterien um die Positionen der Parteien zur Strommarkt-Liberalisierung zu beurteilen:

- Generelle Haltung zur vollständigen Liberalisierung
- Begleitmassnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien
- Begleitmassnahmen zur Sozialverträglichkeit
- Haltung zu progressiven Stromtarifen
- Haltung zu Stromabkommen mit EU

⁷Quelle: <https://www.negawattschweiz.org/> und https://clever-energy-scenario.eu/wp-content/uploads/2023/06/clever_final_report-exec_summary.pdf (abgerufen am 29.09.2023)

4. PARTEIPOSITIONEN ZU DEN ZENTRALEN THEMEN DER ENERGIEZUKUNFT

4.1 SVP



4.1.1 SOLARENERGIE

Die SVP ist gegen die staatliche Förderung der Solarenergie. Die Partei lehnt dementsprechend auch jegliche Subventionen und Abgaben für die Solarenergie ab. Alle Formen des Solarstandards, auch bei neu gebauten Gebäuden oder Parkplätzen, werden abgelehnt. Die Partei warnt zudem davor, dass die Schweizer Landschaft durch die Energiewende mit Solaranlagen zugepflastert werde. Einzig die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich Solarenergie wird begrüsst.



SVP



SVP

4.1.2 WASSERKRAFT

Für die SVP repräsentiert Wasserkraft die ideale Form der Energiegewinnung. Wasserkraft ermögliche eine günstige, unabhängige und umweltfreundliche Stromversorgung. Die SVP fordert, dass die Produktionserwartung bis zum Jahr 2035 mindestens um 10 Prozent gesteigert werden kann. Dies entspricht rund 3.5 TWh und ist damit mehr, als die rund 2 TWh welche die 15 Projekte des «runden Tisches Wasserkraft» bringen würden. Die SVP ist auch dafür, dass Restwassermengen begrenzt werden können, wenn die Ausbauziele nicht erreicht werden.



SVP

4.1.3 WINDENERGIE

Wie bei Solaranlagen warnt die SVP davor, dass die Schweizer Landschaft mit Windenergieanlagen zugepflastert wird. Die SVP will weder Zielwerte noch Förderung für Windenergie. Einzig die private Forschung und Realisierung von Projekten wird begrüsst. In vielen potentiellen Standort-Gemeinden unterstützt die SVP die Opposition gegen Windenergie-Anlagen.



SVP

4.1.4 ATOMKRAFT

Für die SVP ist die Kernkraft unverzichtbar für die Schweizer Stromversorgung. Die bestehenden Kernkraftwerke müssten so lange am Netz bleiben, wie sie sicher und wirtschaftlich seien. Im Zweifelsfall brauche es auch finanzielle Unterstützung, damit Kernkraftwerke nicht vorzeitig abgestellt würden. Zudem brauche es den Bau neuer Kernkraftwerke. Die Problematik des radioaktiven Abfalles sei technisch längst gelöst.



SVP

4.1.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Die Dekarbonisierung des Energiesystems hat für die SVP keine Priorität. Sie lehnt jegliche Verbote, Vorschriften, oder Abgaben, die damit in Zusammenhang stehen, ab. Der Ersatz von fossilen Heizungssystemen durch Wärmepumpen oder der Kauf von Elektroautos wird nicht unterstützt. Dagegen fordert die SVP die Aufstockung der Pflichtlager, namentlich im Bereich Gas, Heizöl, Benzin und Diesel.





4.1.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Gemäss Wahlprogramm zieht die SVP Effizienzsteigerungen der Subventionspolitik vor. Konkrete Massnahmen fehlen jedoch genauso wie Zielvorgaben. Zudem nütze es gemäss SVP angesichts der hohen Zuwanderung nichts, in teure Energieeffizienzmassnahmen zu investieren und Strom zu sparen.

■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---



4.1.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Jegliche Anreize zu Verhaltensänderungen zum Energiesparen oder gar Verbote sind für die SVP unverhältnismässige Eingriffe in die persönliche Freiheit.

■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

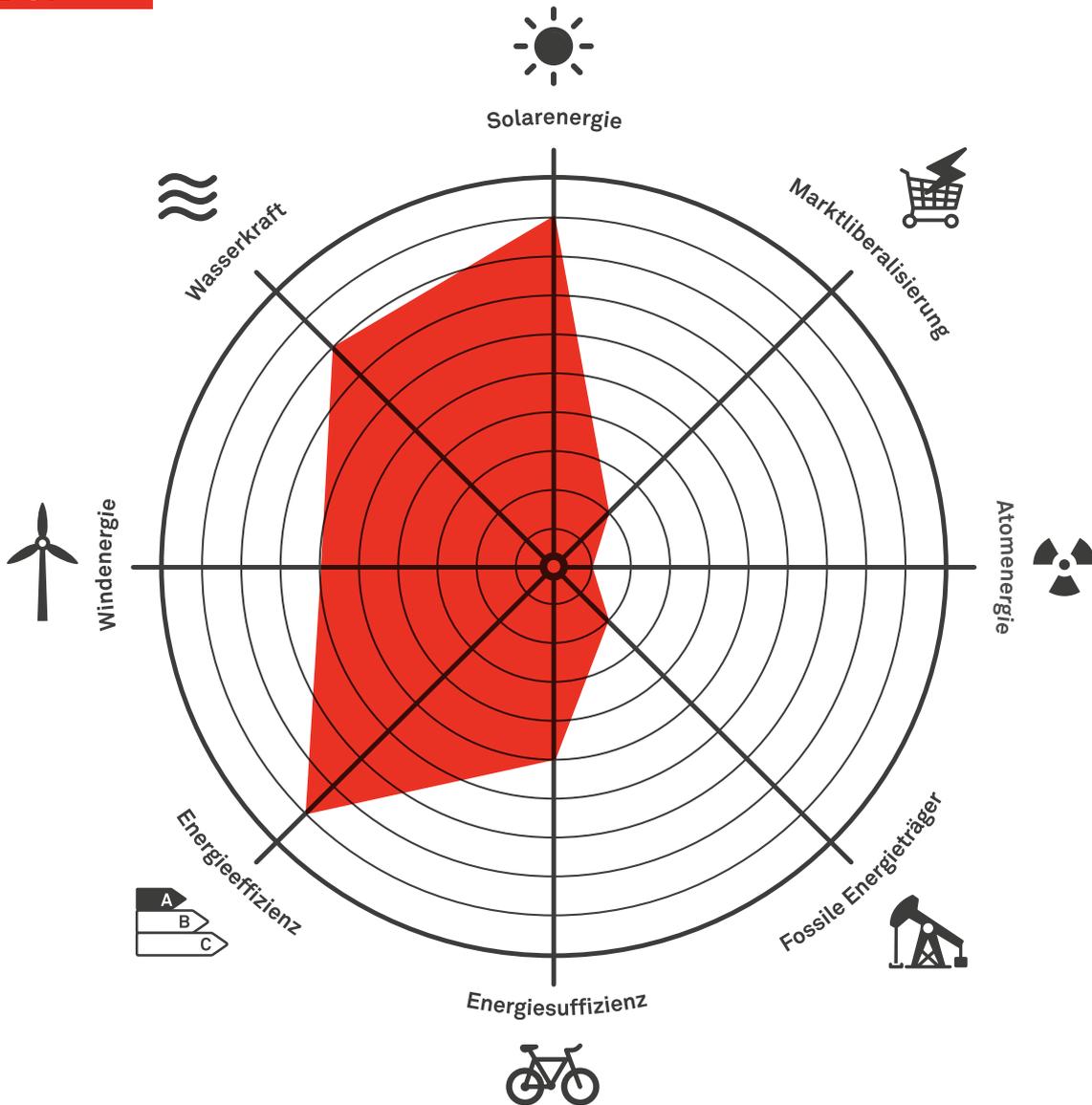


4.1.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die SVP ist prinzipiell nicht gegen eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts, lehnt in der Praxis aber alle diesbezüglichen Vorstösse ab.

■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

4.2 SP



4.2.1 SOLARENERGIE

Die SP plädiert für einen starken Zubau von Solarenergie, um die Lücke welche durch die Abschaltungen der Atomkraftwerke entstehen wird, zu schliessen. Daher soll für die meisten Dächer eine Solarpflicht gemäss EU-Vorbild gelten. Diese soll abgestuft nach Grösse und Eigentümerschaft der Dachflächen sukzessive eingeführt werden. Neben Gebäuden sollen Solaranlagen prioritär auf versiegelten Flächen, wie etwa Verkehrsinfrastrukturen, platziert werden. Im Hinblick auf die drohende Stromlücke im Winter 2022/2023 forderte die SP ein dringliches Gesetz für den Bau von Solaranlagen in Hochlagen mit maximal drei Gigawatt Leistung. So solle die Stromversorgungssicherheit im Winter gestärkt werden.



SP

**SP**

4.2.2 WASSERKRAFT

Die SP unterstützt den Ausbau der Wasserkraft durch die im «runden Tisch Wasserkraft» identifizierten Projekte. Die SP anerkennt zudem die zentrale Bedeutung der Wasserkraft für die Schweizer Stromversorgung und unterstützt auch die Finanzierung der Wasserkraftreserve. Bei Neukonzessionierungen von Wasserkraftwerken fordert die SP strengere Umweltverträglichkeitsrichtlinien. Auch bei den Restwassermengen ist die SP nur bei einer drohenden Strom-Mangellage bereit, Abstriche zu machen.

**SP**

4.2.3 WINDENERGIE

Die SP fordert einen verbindlichen Ausbaupfad für die Windenergie, nennt aber keinen konkreten Zielvorgaben. Neben Solarenergie handle es sich bei Windenergie um die kostengünstigste Art der Stromerzeugung, die entsprechend gefördert werden sollte. Die kantonale Ausscheidung potenzieller Windenergie-Standorte wird begrüsst.

**SP**

4.2.4 ATOMKRAFT

Die SP will den Ausstieg aus der Atomkraft. Die Partei ist auch für einen verbindlichen Ausstiegsfahrplan. Es wird allerdings kein unmittelbarer Ausstieg gefordert. Vielmehr müsse die Zeit bis zur Abschaltung der jeweiligen AKWs genutzt werden, um die erneuerbaren Energien auszubauen. Finanzielle Unterstützung für Atomkraftwerk-Betreiber werden abgelehnt.

**SP**

4.2.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Die SP unterstützt die vollständige Dekarbonisierung des Energiesystems. So befürwortet die Partei den Ersatz von fossilen Heizungen durch erneuerbare Lösungen und fordert eine Flugticketabgabe, deren Einnahmen in die Klimafinanzierung fliessen sollen. Zudem solle sich die Schweiz auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer einsetzen. Ab 2040 würden keine Verbrennungsmotoren mehr notwendig sein.





4.2.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Die SP setzt sich für Effizienzsteigerungen ein. Diese sollen durch beschleunigte energetische Gebäudesanierungen und eine flächendeckende Elektrifizierung erreicht werden. Insbesondere Heizungssysteme und der Strassenverkehr sollen elektrifiziert werden. Bei neuen Geräten sollen hohe Effizienz-Standards Pflicht sein.



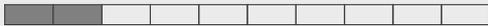
4.2.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Die SP ist dafür, dass der Energiekonsum auf ein vernünftiges Mass reduziert wird, liefert aber weder quantitative noch relative Angaben, was dies bedeutet. Einzig beim Strassenverkehr fordert die SP, dass dieser reduziert und der Fuss- und Veloverkehr gestärkt werden müsse. Schaufenster sollen in der Nacht nicht beleuchtet werden dürfen. Ansonsten fehlen konkrete Vorschläge, Massnahmen oder Anreize für energiesparendes Verhalten.

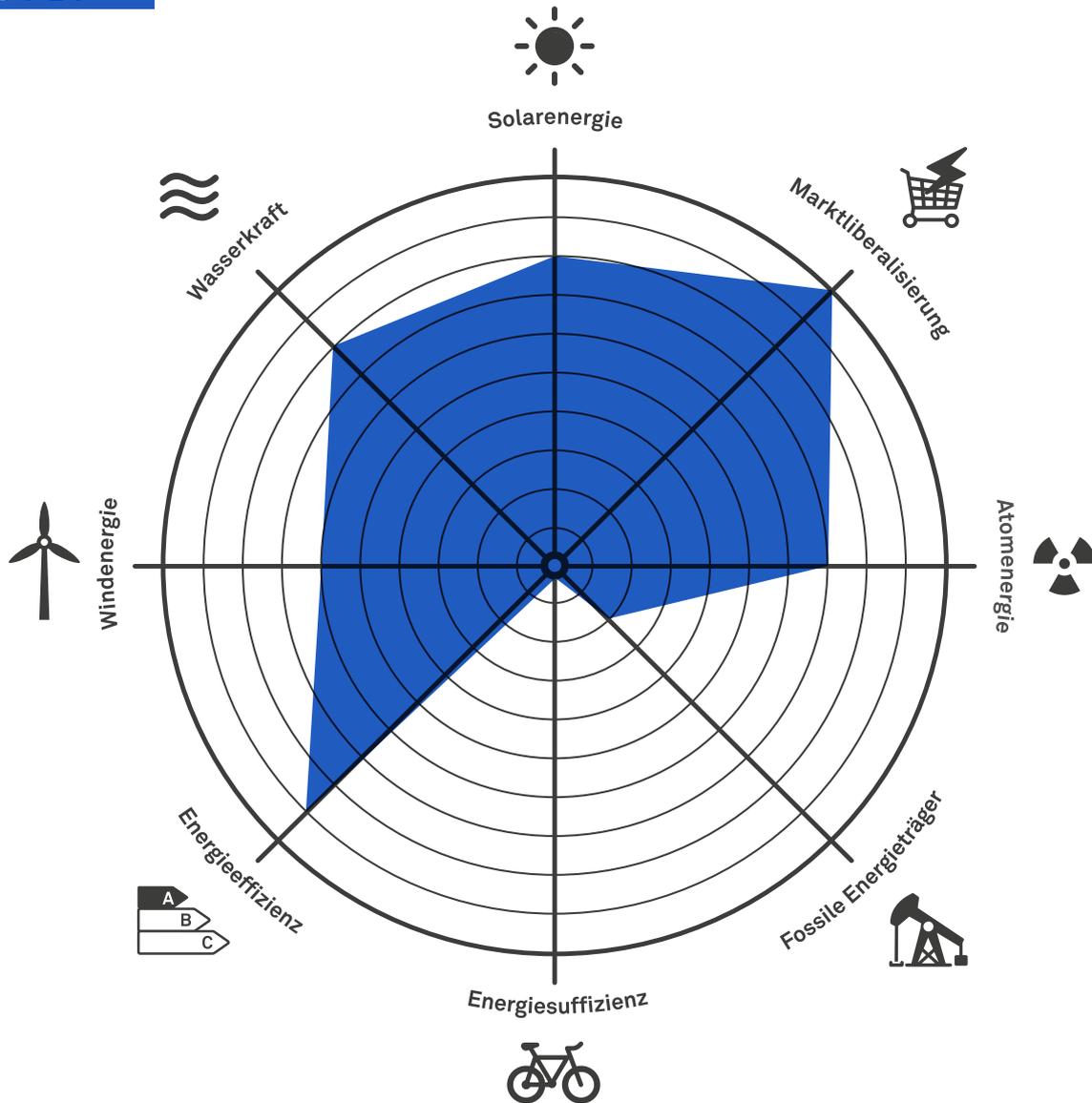


4.2.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die SP ist gegen eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts. Die Partei warnt, dass eine Strommarktöffnung zur gleichen Situation wie bei den Krankenkassen führen könnte. Wer wenig Strom brauche, können ohnehin kaum von einer Liberalisierung profitieren. Stromanbieter würden vermehrt in Werbeaktivitäten investieren müssen, was den Strom weiter verteuern würde. Daher käme für die SP eine Liberalisierung nur mit erheblichen flankierenden Massnahmen zur sozialen Absicherung in Frage.



4.3 FDP



4.3.1 SOLARENERGIE

FDP

Die FDP fordert einen beschleunigten Ausbau der Solarenergie. Hierfür brauche es verbindliche Zielsetzungen sowie die Vorbildfunktion des Bundes. Zudem solle in der Raumplanung dafür gesorgt werden, dass PV-Anlagen vermehrt und einfacher auf Infrastrukturanlagen wie beispielsweise Lärmschutzwänden oder Überdachungen von Parkplätzen, sowie auf Freiflächen gebaut werden können. Dennoch fordert die FDP die Abschaffung der Förderung durch die KEV und Einmalvergütungen, um eine marktnahe Gestaltung der Energiepreise zu ermöglichen. Eine Solarpflicht bezeichnet die FDP als schädlich und ineffizient.



**FDP**

4.3.2 WASSERKRAFT

Die FDP unterstützt den Ausbau der Wasserkraft durch die im «runden Tisch Wasserkraft» identifizierten Projekte und fordert deren sofortige Umsetzung. Diesbezüglich fordert die FDP auch, dass Umweltverbände ihre Verhinderungspolitik aufgeben. Um die Wasserkraft für die Zukunft gut aufzustellen, will die FDP attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in bestehende Wasserkraftwerke, beispielsweise für die Anpassung an neue Ausgangslagen wie Gletscherrückgänge. Dies soll primär durch die Schaffung eines flexiblen und marktnahen Wasserzinsmodells erreicht werden.

**FDP**

4.3.3 WINDENERGIE

Die FDP ist grundsätzlich für einen Zubau von Windenergie-Anlagen, da diese gerade in den Wintermonaten erneuerbaren Strom liefern können. Trotzdem setzt sich die FDP in einigen Kantonen für Mindestabstände von 1000 Metern zu Häusern oder Ferienwohnungen ein, was die Anzahl potenzieller Standorte stark einschränkt.

**FDP**

4.3.4 ATOMKRAFT

Die FDP hat seit den Wahlen 2019 in der Atompolitik eine Kehrtwende vollzogen. Sie fordert die Aufhebung des Neubau-Verbots und der Bau eines neuen AKW müsse zumindest in Betracht gezogen werden, da erneuerbare Energien alleine nicht ausreichen würden. Zudem sollten die bestehenden Atomkraftwerke gemäss FDP unter Gewährleistung der Sicherheit so lange wie möglich am Netz bleiben, weshalb die FDP gegen einen verbindlichen Abschaltfahrplan ist.

**FDP**

4.3.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Die FDP befürwortet die vollständige Dekarbonisierung des Schweizer Energiesystems. Der Bau von neuen Gaskraftwerken soll verhindert werden. Beim Förderprogramm für den Heizungsersatz fürchtet die FDP zwar Mitnahmeeffekte, unterstützt es aber mehrheitlich.





4.3.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Gemäss der FDP braucht es mehr Anstrengungen, um die Effizienz des heutigen Energiesystems zu verbessern. Dies könne beispielsweise über finanzielle Anreize zur Beschleunigung des Ersatzes von Elektrowiderstandsheizungen oder durch intelligente, gezielte Steuerung von Geräten erreicht werden. Bei solchen Betriebsoptimierungen bestehe grosses Potenzial, den Stromverbrauch auch langfristig zu senken. Ebenfalls deutliches Verbesserungspotenzial bestehe beim Einsatz intelligenter Gebäudetechnik. Dafür benötige es eine Erhöhung der Sanierungsquote, welche über einen Massnahmenmix aus steuerlichen Anreizen oder der Weiterentwicklung des Gebäudeprogramms erreicht werden soll.



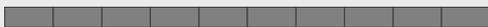
4.3.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Anreize zu Verhaltensänderungen zum Energiesparen oder gar Verbote sind für die FDP grundsätzlich unverhältnismässige Eingriffe in die persönliche und unternehmerische Freiheit.

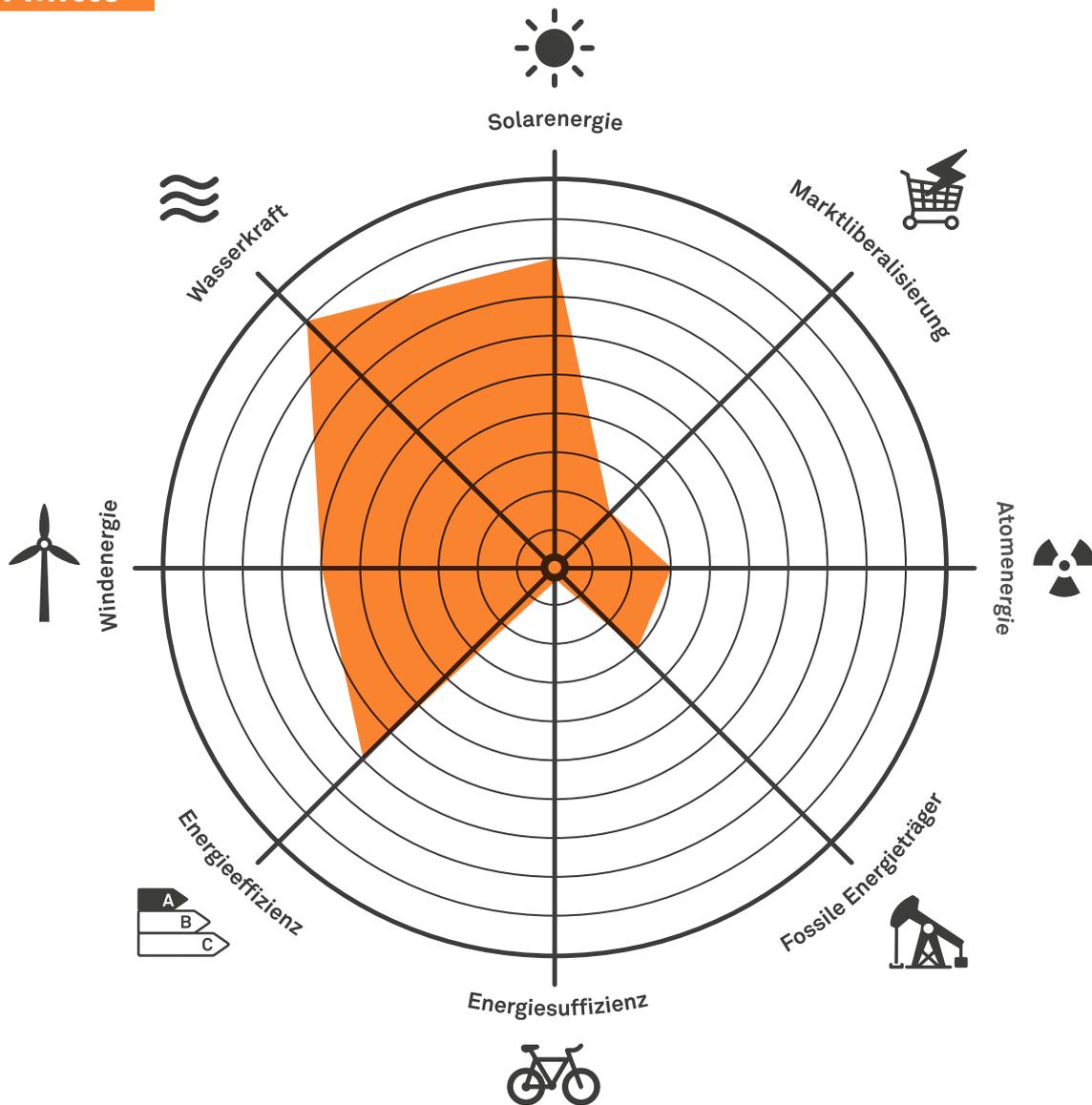


4.3.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die FDP ist als einzige Partei vorbehaltlos für eine vollständige Öffnung des Strommarktes. Auch kleine Verbraucher sollen ihren Stromlieferanten selber wählen können. Eine Marktöffnung würde es diesen aus Sicht der Freisinnigen erlauben, Zugang zu günstigeren Angeboten zu erhalten. Dies sei mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Strompreise in der Schweiz nötig. Ebenso betont die FDP die Bedeutung einer Liberalisierung für ein Strommarkt-Abkommen mit der EU, was wiederum für den Import von Strom in den Wintermonaten entscheidend sei. Schweizer Stromproduzenten würden ihre Energie besser vermarkten könnten.



4.4 Mitte



4.4.1 SOLARENERGIE

Mitte

Die Mitte setzt sich für die Energiestrategie 2050 ein, welche durch einheimische erneuerbare Energien umgesetzt werden soll. Auf Ebene der Solarenergie ist die Partei wenig konkret was Standorte, Fördermittel oder Zielwerte betrifft. Mehrere Mitte-Politiker:Innen setzen sich jedoch stark für den Bau von grossen Freiflächenanlagen in den Alpen ein.





Mitte

4.4.2 WASSERKRAFT

Die Mitte steht zur Energiestrategie 2050 und unterstützt damit die Wasserkraft als zentrale Säule des Schweizer Energiesystems. Finanzielle Unterstützungsmassnahmen werden unterstützt, wobei die Partei diesbezüglich keine konkreten Vorschläge macht. Um einen Ausbau zu ermöglichen brauche es vereinfachte und verkürzte Bewilligungsverfahren, um entsprechende Projekte schnell umsetzen zu können. Grundsätzlich fordert die Mitte einen weiteren Ausbau der Wasserkraft und ist dazu auch bereit, gewisse Abstriche bei Biodiversität und Landschaftsschutz in Kauf zu nehmen.



Mitte

4.4.3 WINDENERGIE

Die Mitte ist grundsätzlich für einen sinnvollen Einsatz der Windenergie, wird aber bezüglich Fördermassnahmen und Ausbauzielen nicht konkret. Auch bezüglich Standortwahl macht die Partei keine allgemeingültigen Aussagen.



Mitte

4.4.4 ATOMKRAFT

Für die Mitte kommt der Bau neuer Atomkraftwerke nicht in Frage. Auch eine Gesetzesänderung die den Bau einer neuen AKW-Generation in Zukunft ermöglichen würde, wird abgelehnt. Die Partei begründet die Position damit, dass neue Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit nicht erhöhen würden. Für die bestehenden AKWs fordert die Partei keinen Abschaltfahrplan. Diese sollen so lange betrieben werden dürfen, wie sie sicher sind.



Mitte

4.4.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Die Mitte bekennt sich zum Netto-Null-Ziel und damit zu einem fossilfreien Energiesystem. Dennoch befürwortet die Mitte den kurzzeitigen Einsatz von Gaskombikraftwerken in Mangellagen. Dabei sei es jedoch entscheidend, dass der daraus entstehende CO₂-Ausstoss kompensiert werde. Bezüglich Heizungsersatz und motorisiertem Individualverkehr macht die Partei keine konkreten Forderungen.





4.4.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Die Mitte sieht mehr Effizienz im Energiebereich als wichtigen Baustein für eine sichere Energieversorgung. Die Partei fordert, dass lokale und regionale Wirtschaftszweige im Bereich Energieeffizienz gefördert werden. Ansonsten ist die Mitte in Bezug auf Energieeffizienz wenig konkret und fordert auch keine entsprechenden Massnahmen oder Ziele.



4.4.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Die Mitte macht keine Aussagen zu Verhaltensänderungen, die zu weniger Energieverbrauch beitragen können.

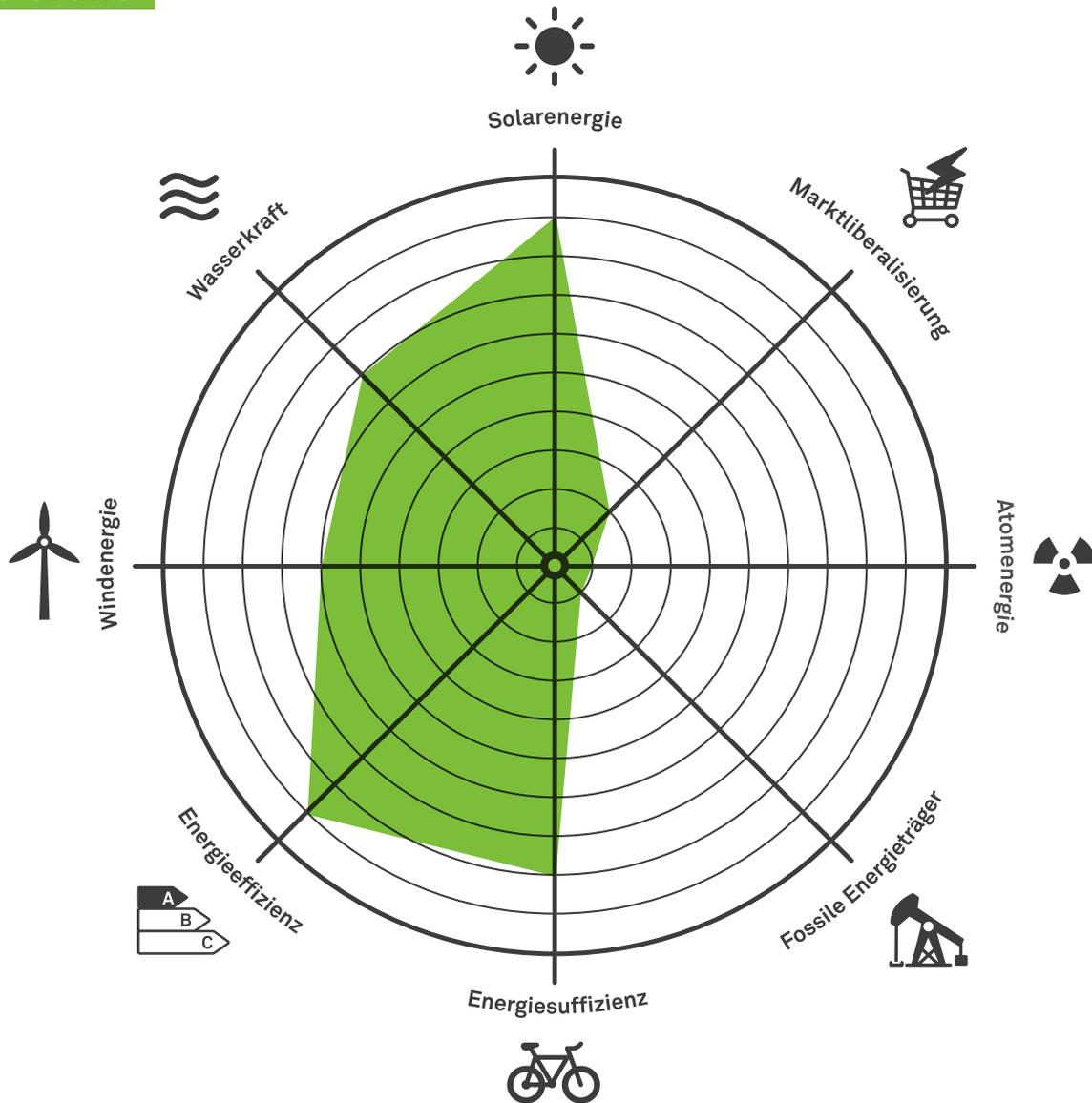


4.4.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die Mitte bezieht als Partei keine Stellung zur Liberalisierung des Strommarkts.



4.5 Grüne



4.5.1 SOLARENERGIE

Grüne

Die Grünen fordern eine Solarpflicht auf geeigneten Dächern und Fassaden von bestehenden und neuen Gebäuden. Dafür soll es auch entsprechende Fördergelder geben und die notwendigen Verfahren müssten beschleunigt werden. Die Partei äussert sich auch detailliert dazu, wo Solaranlagen gebaut werden sollen. Der Fokus soll auf bestehenden Infrastrukturen wie etwa Gebäuden, Autobahnen, Parkplätzen, Kläranlagen oder Perronüberdachungen liegen. Grundsätzlich sollen Solaranlagen auch ausserhalb der Bauzonen erstellt werden dürfen, etwa im Falle von Agri-PV in landschaftlich wenig sensiblen Gebieten. Auch gegenüber Freiflächen-Anlagen in den Alpen ist die Partei grundsätzlich offen, betont diesbezüglich aber den Natur- und Landschaftsschutz. So müsse auch in den Alpen in der Nähe bestehender Infrastruktur gebaut werden, es brauche klare Kriterien für die Standortwahl und es dürfe keine Nutzungskonflikte oder keinen negativen Einfluss auf die Biodiversität geben. Exemplarisch dafür steht die Beteiligung am erfolgreichen Referendum gegen das Solardekret im Kanton Wallis, wodurch Baugenehmigungen für alpine Freiflächenanlagen direkt vom Staatsrat hätten beschlossen werden können.





4.5.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Die grüne Partei setzt Energieeffizienz ganz oben auf die energiepolitische Agenda. Die Partei sieht enormes Einsparpotenzial bei Gebäuden, Verkehr, Geräten und Beleuchtung. Dementsprechend ist sie für beschleunigte und geförderte Gebäudesanierungen sowie die Umstellung auf fossilfreie Heizsysteme. Sie bekämpft den Betrieb ohne Nutzen von Maschinen, Geräten oder Beleuchtung und fordert verschärfte Effizienzvorschriften für Elektro-Geräte. Dabei solle das Top-Runner-Prinzip angewendet werden: Der Verbrauch der effizientesten Geräte soll zum Standard für alle anderen Geräte werden.



4.5.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Für die Grüne Partei sollen auch Verhaltensänderungen zu einer Reduktion des Energieverbrauchs beitragen. Die Partei wird auch konkret und nennt Zielvorgaben. So soll beispielsweise der motorisierte Individualverkehr in den Städten und Agglomerationen bis 2040 um mindestens 50% gesenkt werden. Dies soll durch Homeoffice, eine Raumplanung der kurzen Wege, sowie die Förderung des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs erreicht werden. Auch bezüglich Wohnfläche und Flüge soll es pro Person zu einer Abnahme kommen.

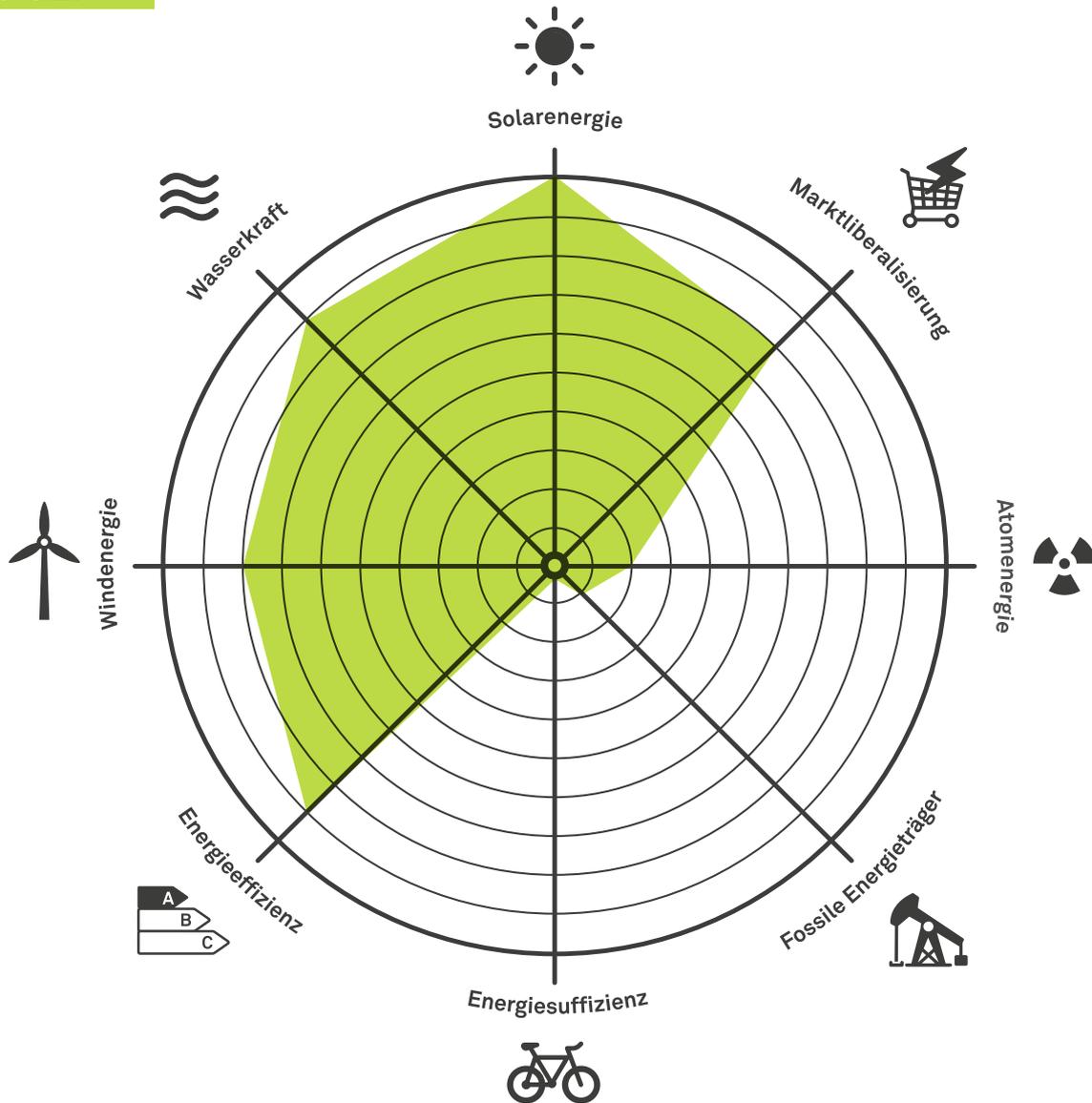


4.5.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die Grünen sind nicht kategorisch gegen eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts, fordern aber eine Reihe von ergänzenden Massnahmen. Primär brauche es dazu Rahmenbedingungen für Investitionen in die Produktion von erneuerbarem Strom.



4.6 GLP



4.6.1 SOLARENERGIE

Die GLP fordert Solaranlagen auf sämtlichen geeigneten Dach- und Fassadenflächen. Dies soll durch eine Solarpflicht für neu gebaute Häuser und bei Sanierungen eines Dachs oder einer Fassade erreicht werden. Die GLP betont dabei die Vorteile der dezentralen Energieerzeugung. So könne Strom und Wärme (Solarthermie) dort produziert werden, wo sie verbraucht werden. Auch andere Infrastrukturbauten wie etwa Lärmschutzwände, Parkplatzüberdachungen, Abwasserreinigungsanlagen sowie generell Strassen- oder Schieneninfrastrukturen sollen nach Möglichkeit mit Solarpanels ausgestattet werden. Zudem betont die GLP, dass Solaranlagen in den Bergen wichtigen Winterstrom produzieren können. Biodiversität und Landschaftsschutz werden nur am Rande erwähnt.



GLP



GLP

4.6.2 WASSERKRAFT

Die GLP fordert eine Wasserkraft-Ausbauoffensive. Wasserkraft sei und bleibe eine tragende Säule der Schweizer Energiewirtschaft. Bestehende Staumauern müssten erhöht werden, um im Sommer mehr Wasser zurückzuhalten, das man für die Winterstrom-Produktion nutzen könne. Wo immer möglich, sollen Stauseen als Speicherwasserkraftwerke gebaut werden. Bei einer sich abzeichnenden Mangellage sollen Restwassermengen reduziert werden dürfen.



GLP

4.6.3 WINDENERGIE

Die Grünliberalen machen sich stark für einen raschen Ausbau der Windenergie. Windenergie könne einen wichtigen Beitrag zur einheimischen Stromversorgung leisten. Die Grünliberalen beziehen sich bezüglich Ausbaupotenzial auf eine Studie des Branchenverbandes Suisse Eol. Demnach könnten in der Schweiz schon bis ins Jahr 2030 bis zu 6 TWh durch Windenergie erzeugt werden. Dies entspricht fast 10% des heutigen Stromverbrauchs. Zwei Drittel davon könnten im Winterhalbjahr produziert werden.



GLP

4.6.4 ATOMKRAFT

Die GLP steht zum Atomausstieg. Dieser soll durch eine Lenkungsabgabe auf Strom aus fossilen Energieträgern und Atomkraft begleitet werden, da der Ausbau der erneuerbaren Energien Kostenwahrheit brauche. In den nächsten 20-30 Jahren führe kein Weg an einem konsequenten Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien vorbei. In der längerfristigen Perspektive setzen die Grünliberalen klare sicherheitstechnische Bedingungen, die eine zukünftige Atomenergietechnologie erfüllen müsste.



GLP

4.6.5 FOSSILE ENERGIETRÄGER

Die Grünliberalen fordern, dass die Schweiz die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele erreicht. Dazu fordert die Partei eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe und die Ausdehnung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe und alle weiteren Treibhausgasemittenten. Lenkungsabgabe auf Strom aus Fossilen würden Kostenwahrheit schaffen und den Ausbau der Erneuerbaren attraktiver machen.





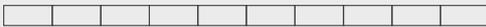
4.6.6 ENERGIEEFFIZIENZ

Für die GLP sind Effizienzgewinne wichtig. 40% des Stroms würden in der Schweiz ungenutzt verpuffen. Die GLP identifiziert sowohl bei Privathaushalten als auch bei Unternehmen Einsparpotenziale. Kurzfristig fordert die GLP ein Sparziel von 15%, längerfristig solle es das Ziel sein, das Effizienzpotenzial komplett auszuschöpfen. Dafür fordert die GLP mehr Investitionen in die Strom- und Energieeffizienz, dann seien die Ziele ohne Komforteinbussen erreichbar.



4.6.7 ENERGIESUFFIZIENZ

Für die Grünliberalen ist Energiesparen ein technisches Thema, dass sich durch effizientere und intelligentere Geräte umsetzen lässt.



4.6.8 STROMMARKT-LIBERALISIERUNG

Die GLP ist für eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts. Die Strommarktöffnung fördere die Innovation und stärke Konsumentinnen und Konsumenten. Zudem betont die Partei, dass die Marktöffnung eine wichtige Voraussetzung für ein Stromabkommen mit der EU sei. Dennoch knüpft die GLP eine vollständige Liberalisierung an Bedingungen: Um die Ziele der Energiestrategie 2050 zu erreichen, brauche es ergänzende Massnahmen, damit die Anreize für Energieeffizienz und erneuerbaren Strom richtig gesetzt werden.



5. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU DEN PARTEIPOSITIONEN

DIE ENERGIEWENDE IST IM WAHLJAHR 2023 BEI (FAST) ALLEN PARTEIEN ANGEKOMMEN

Deutlich wird in der Analyse der Graben, der sich zwischen der SVP und allen anderen Parteien auftut: Nur die SVP sperrt sich grundsätzlich gegen den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausstieg von fossilen Energieträgern wie Öl oder Gas. Vorschriften, Subventionen, Abgaben oder gar Verbote, um klimapolitische Ziele zu erreichen, lehnt die SVP kategorisch ab. Auch der Dezentralisierung der Energieversorgung steht die SVP kritisch gegenüber. Der Fokus liegt auf Grosskraftwerken bestehend aus Atom- und Wasserkraft.

ERNEUERBAR JA, ABER WIE UND WO?

Sogar zwischen den Parteien der vermeintlich so geschlossen auftretenden links-grünen Seite gibt es signifikante Unterschiede: So haben die Grünen klare Grundsätze für potenzielle Standorte von Solaranlagen formuliert, um Biodiversität und unverbaute Landschaften möglichst wenig zu beeinträchtigen. Im Vergleich dazu haben die Grünliberalen weniger Hemmungen, auch grosse Freiflächen-Anlagen in den Alpen zu realisieren, um damit dringend benötigten Winterstrom zu produzieren. Auch bei der Windkraft geht die GLP stärker in die Offensive, während sich SVP und Mitte bei der Wasserkraft im Gegensatz zu den Grünen schon länger an Restwassermengen und ökologischen Vorschriften stören. Konsequenterweise gehen die Grünen auch davon aus, dass ein «weiter so» in Bezug auf den Energieverbrauch nicht reichen wird, um den energie- und klimapolitischen Herausforderungen zu begegnen. So fordern die Grünen als einzige Partei eine Suffizienzpolitik, die auch Anreize zu Verhaltensänderungen mit hohem Energiesparpotenzial beinhalten soll.

VIEL ZUBAU – WENIG RÜCKBAU

Die Analyse zeigt schlussendlich auch auf, woran es derzeit noch mangelt: Die meisten Parteien haben konkrete Vorstellungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und präsentieren auch entsprechende Zielwerte und Fördermassnahmen. Wenn es aber um den Rückbau der fossilen und atomaren Infrastruktur geht, wollen sich viele Parteien nicht festlegen.

VIEL TECHNIK – WENIG SOZIALE INNOVATION

Um die Dekarbonisierung voranzutreiben, setzen alle Parteien grosse Hoffnungen in technische Innovationen. Erneuerbare Energien, Elektrifizierung, innovative Antriebstechnologien oder klimaneutrale Produktionsprozesse. Diese sollen ermöglichen, dass die vorherrschende wachstums-, konsum-, und mobilitätsgetriebene Lebensweise weitgehend erhalten bleiben kann. Die Art, wie wir wohnen, uns bewegen, produzieren, arbeiten und essen, muss sich aus Sicht der meisten Parteien nicht verändern. Mit Ausnahme der Grünen gehen alle davon aus, dass sich durch Technik Wachstum und Energieverbrauch ausreichend stark von Umweltzerstörung entkoppeln liesse. Soziale Innovationen, Massnahmen zur Reduktion von Konsum (Suffizienz) oder Veränderungen der Lebensweise kommen kaum vor.

QUELLEN

- Die Mitte «Energie» <https://die-mitte.ch/themen/energie/>
- Die Mitte «Stromversorgung mit einheimischen erneuerbaren Energien sicherstellen» <https://die-mitte.ch/stromversorgung-mit-einheimischen-erneuerbaren-energien-sicherstellen/>
- Die Mitte «Einheimische erneuerbare Energie fördern: Ja zum Klimaschutzgesetz» <https://die-mitte.ch/ja-zum-klimaschutzgesetz/>
- FDP «Factsheet Energiepolitik» https://www.fdp.ch/fileadmin/documents/fdp.ch/pdf/DE/Positionen/Umwelt_Verkehr_Energie_und_Kommunikation/Factsheets/2023_FAC_Energiepolitik_d.pdf
- FDP «Resolution Stromversorgungssicherheit» <https://www.fdp.ch/positionen/umwelt-verkehr-energie-und-kommunikation/stromversorgungssicherheit>
- FDP «Energiestrategie überarbeiten» <https://www.fdp.ch/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung-detail/news/energiestrategie-jetzt-ueberarbeiten>
- GLP Strategiepapier «Energieversorgung» https://grunliberale.ch/themen/klima_energie/strategiepapier-energieversorgung.html
- GLP Strategiepapier «Power-to-X» https://grunliberale.ch/themen/klima_energie/power-to-x.html
- GLP Positionspapier «Windenergie» https://grunliberale.ch/themen/klima_energie/positionspapier-windenergie.html
- Grüne «Agenda 2023-2027» <https://gruene.ch/agenda-2023>
- Grüne Positionspapier «Natur und landschaftsschonender Ausbau der Erneuerbaren» https://gruene.ch/wp-content/uploads/2022/09/pos_220927_energiewende_natur_und_landschaft_d.pdf
- Grüne Positionspapier «Arbeitsplätze der Zukunft» <https://gruene.ch/positionspapier/arbeitsplaetze-der-zukunft>
- Grüne Resolution «Platz da! Resolution der GRÜNEN zur Mobilitätswende» <https://gruene.ch/umwelt/verkehr/resolution-mobilitaetswende>
- Grüne Positionspapier «Grüne Forderungen für einen nachhaltigen Finanzplatz» <https://gruene.ch/wirtschaft/finanzen-und-steuern/gruene-forderungen-fuer-einen-nachhaltigen-finanzplatz>
- SP «Versorgungssicherheit: Bundesrat muss handeln» <https://www.sp-ps.ch/artikel/versorgungssicherheit-im-winter-bundesrat-muss-handeln/>
- SP Resolution «Gegen den Ausbau von fossiler Infrastruktur» https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/08/Resolution_gegen-Ausbau-fossiler-Infrastruktur_Parteirat_D.pdf
- SP Resolution «Langfristige Stromversorgungssicherheit» https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/06/stromversorgungssicherheit_d_1.pdf
- SP «Legislativziele 2023-2027» https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/07/SP_Legislativziele_2023-2027_D_WEB.pdf
- SVP Positionspapier «Energiepolitik» <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2021-Positionspapier-Energie-und-Umwelt-DE.pdf>
- SVP Positionspapier «Nein zum teuren und verlogenen Stromfresser-Gesetz» https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230504_Argumentarium-Referendum-Stromfresser-Gesetz_final-d.pdf
- SVP Positionspapier «Alles tun für mehr Strom» <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/220921-Alles-tun-fuer-mehr-Strom.pdf>
- SVP Positionspapier «Der Geheimplan der Links-Grünen: Energie-Lockdown im Winter» <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/220721-Positionspapier-Energiekrise-d.pdf>